



Berlin, 26.02.2016

MB-Studi-Barometer 2016

Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD angekündigt, in einer Konferenz der Gesundheits- und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern einen „Masterplan Medizinstudium 2020“ zu entwickeln, der drei Hauptziele verfolgen soll: eine zielgerichtetere Auswahl der Studienplatzbewerber, eine Modernisierung der Studieninhalte hin zu mehr Praxisnähe und die **Stärkung der Allgemeinmedizin**. Im Laufe des Jahres 2016 sollen entsprechende Reformschritte vorbereitet werden. Besonders kontrovers wird über die stärkere Einbindung der Allgemeinmedizin ins Studium diskutiert. Es liegen inzwischen eine Reihe von Vorschlägen vor, die auch Gegenstand der Medizinstudierenden-Befragung sind, die das Institut für Qualitätsmessung und Evaluation (IQME) im Auftrag des Marburger Bundes in der Zeit vom 15. Dezember 2015 bis 24. Januar 2016 durchgeführt hat.

An der Online-Umfrage **MB-Studi-Barometer 2016** beteiligten sich bundesweit 1.756 studentische Mitglieder des Marburger Bundes. Die Mehrzahl der Befragten befindet sich im klinischen Teil des Studiums (57%), etwa ein Viertel (22%) ist noch in der Vorklinik und 15 Prozent sind im Praktischen Jahr (PJ). Drei Viertel der Befragten sind in einem Regelstudiengang eingeschrieben, 21 Prozent in einem Modellstudiengang. Diese Verteilung ist weitgehend repräsentativ. Auch der größere Anteil weiblicher Medizinstudierender (57%) gegenüber männlichen Studierenden (43%) entspricht ziemlich genau der aktuellen Verteilung von 60 Prozent Frauen und 40 Prozent Männern im Medizinstudium (Destatis 2014).

Die Ergebnisse der Befragung machen deutlich, dass das Fach Allgemeinmedizin bei den Medizinstudierenden einen guten Ruf genießt und vielen von ihnen als

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

persönliche Perspektive gilt. Eine Stärkung des Fachs erwarten sie nicht von weiteren Regulierungen in der ärztlichen Ausbildung, sondern von einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Allgemeinarzt. Die Schaffung neuer Obligatorien im Studium lehnen sie explizit ab. Die Lehre des Fachs wird weit überwiegend positiv beurteilt. Rund die Hälfte der Befragten kann sich nach dem Studium eine Weiterbildung im Fach Allgemeinmedizin vorstellen.

Drei Viertel der Studierenden sind mit der Lehre des Fachs zufrieden

56 Prozent beurteilen das Ansehen der Allgemeinmedizin in ihrem Studiengang als „gut“ und 3 Prozent als „sehr gut“; für 38 Prozent ist das Ansehen „schlecht“ und für 3 Prozent sogar „sehr schlecht“. Eine ähnliche Beurteilung erfährt die Lehre des Fachs Allgemeinmedizin im Studium: Fast drei Viertel der Befragten (10% „sehr gut“, 63% „gut“) haben eine positive Meinung von der universitären Lehre der Allgemeinmedizin. Die von der Bundesregierung geplante Stärkung des Fachs im Medizinstudium stößt auf große Skepsis bei den Medizinstudierenden. Drei Viertel (74%) halten eine stärkere Einbindung der Allgemeinmedizin in das Studium für nicht notwendig, lediglich 26 Prozent wünschen sich eine Stärkung des Fachs im Studium.

86 Prozent gegen Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin im PJ

Eine ebenso klare Vorstellung haben die Medizinstudierenden von der zukünftigen Gestaltung des Praktischen Jahres (PJ) am Ende des Studiums. 74 Prozent der Befragten möchten, dass alles so bleibt, wie es ist: Die derzeitige Struktur des PJ (jeweils ein Pflicht-Tertial Innere Medizin und Chirurgie und ein Wahltertial) soll beibehalten werden. Nur 26 Prozent können sich Änderungen vorstellen, wobei selbst unter dieser Minderheit nur die Hälfte der Befragten (54%) dem Vorschlag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), das Praktische Jahr in zwei ambulante und zwei stationäre Quartale aufzuteilen, etwas abgewinnen kann.

Auf stärkste Ablehnung trifft jedoch die jüngst wieder von der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin (DEGAM) erhobene Forderung nach einem Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr, z.B. in Form eines PJ-Quartals. 86 Prozent der Medizinstudierenden lehnen einen derartigen Pflichtabschnitt im PJ ab, nur 14 Prozent sind dafür. Auf besonders großen Widerstand stößt die Idee eines Pflichtabschnitts Allgemeinmedizin im PJ bei den

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

Medizinstudierenden der Universität Frankfurt am Main, wo 93 Prozent der Befragten ein solches Obligatorium ablehnen. In Frankfurt am Main ist DEGAM-Präsident Prof. Dr. Ferdinand M. Gerlach Leiter des Instituts für Allgemeinmedizin.

Auch der von der KBV und Professor Gerlach eingebrachte Vorschlag einer obligatorischen Prüfung im letzten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung – bei einer Quartalisierung des PJ ohne Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin – wird von der großen Mehrheit der Medizinstudierenden (75%) verworfen. An der Universität von Professor Gerlach ist die Ablehnungsquote dieser Idee wiederum überproportional hoch: 80 Prozent der Medizinstudierenden in Frankfurt/M. sind gegen ein obligatorisches Prüfungsfach Allgemeinmedizin in den Abschlussexamen.

Rund die Hälfte offen für eine allgemeinmedizinische Weiterbildung

Das Interesse am Fach Allgemeinmedizin ist indes größer, als es Berichte über einen Nachwuchsmangel nahelegen. Für mehr als die Hälfte der weiblichen Studierenden (52%) kommt nach dem Studium eine Weiterbildung zur Fachärztin für Allgemeinmedizin in Frage; bei den Männern ziehen 46 Prozent der Befragten eine allgemeinmedizinische Weiterbildung nach dem Studium in Betracht.

Diejenigen, die kein Interesse an einer allgemeinmedizinischen Weiterbildung haben, konnten dies im Freitext begründen. Viele dieser Medizinstudierenden geben an, dass sie die Allgemeinmedizin für thematisch weniger interessant und abwechslungsreich als andere Fachgebiete halten. Auch schlechtere finanzielle Bedingungen und zu viel Bürokratie werden häufig als Grund genannt:

„Das Gesundheitswesen in Deutschland ist so gestaltet, dass der Allgemeinmediziner schlechter dasteht als ein Friseur. Für den Friseur zahlt man 40 Euro pro Besuch, er würde nie für 40 Euro im Quartal arbeiten“, heißt es in einer der Freitext-Antworten.

Wirtschaftliches Risiko einer Niederlassung „nicht überschaubar“

In einer weiteren Freitext-Antwort werden gleich mehrere Gründe genannt, warum sich ein großer Teil der Medizinstudierenden scheut, als niedergelassener Hausarzt tätig zu werden: *„Viele meiner Generation wollen später in einem Team arbeiten und häufig trauen sie sich nicht oder können sich schlicht nicht vorstellen, die*

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

Verantwortung als Einzelmensch für eine Praxis zu übernehmen. Manche machen sich Sorgen, dass sie durch die Wahl Facharztausbildung Allgemeinmedizin für sich eine spätere berufliche Flexibilität ausschließen (beispielsweise wünschen sich viele die Option offen zu halten, in einem Krankenhaus arbeiten zu können). Schließlich können sich viele mit der Idee auf das Land zu ziehen, um eine Praxis zu übernehmen, nicht anfreunden.“

Diese Wahrnehmung wird durch die Befragungsergebnisse bestätigt. Bei der Frage „Welche Gründe sprechen gegen eine Tätigkeit als niedergelassener Hausarzt?“ nimmt das aus der Sicht der Studierenden nicht überschaubare wirtschaftliche Risiko einer Niederlassung die Spitzenposition unter den maßgeblichen Gründen ein. „Zu wenig Teamarbeit und Austausch mit Kollegen“, „zu wenig Abwechslung“, „kein guter Verdienst“ wurden ebenfalls häufig genannt. Am wenigsten ist die universitäre Lehre des Fachs Allgemeinmedizin ein Grund dafür, von einer zukünftigen Tätigkeit als niedergelassener Hausarzt abzusehen.

Landarzt-Tätigkeit hat geringste Präferenz

Die Mehrheit der Medizinstudierenden strebt zunächst einmal eine angestellte Tätigkeit an. Für Frauen kommt als Tätigkeitsort eher eine Berufsausübungsgemeinschaft oder ein Medizinisches Versorgungszentrum in Frage, während männliche Studierende mehrheitlich zunächst als angestellte Ärzte im Krankenhaus arbeiten wollen. Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Medizinstudierenden zeigen sich auch bei der Frage nach den Gründen, die gegen eine Tätigkeit als Hausarzt sprechen. Frauen nennen häufiger als Männer das wirtschaftliche Risiko einer Niederlassung als Hinderungsgrund (55% zu 45%).

Unter denen, die sich in Zukunft eine Tätigkeit in eigener Praxis vorstellen können, überwiegt der Anteil derer, die als niedergelassener Spezialist arbeiten möchten, die Niederlassung als Hausarzt tritt in der Rangfolge dahinter etwas zurück. Eine Tätigkeit als Landarzt wird von den wenigsten präferiert. Das zeigt sich auch bei der Frage nach dem zukünftigen Tätigkeitsort: Nur etwa 12 Prozent möchten in einer Landgemeinde oder einer Kleinstadt mit bis zu 20.000 Einwohnern ärztlich tätig sein. Die Mehrzahl möchte in einer Großstadt arbeiten, wobei es eine Präferenz für kleinere Großstädte von 100.000 bis 500.000 Einwohnern gibt (37%). Wahrscheinlich können sich viele Medizinstudierende vorstellen, in den Städten zu bleiben, wo sie zuletzt auch studiert und gewohnt haben.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

Grundsätzlich verbesserte Bedingungen (z. B. geregelte Arbeitszeiten, gute Verdienstmöglichkeiten, überschaubares finanzielles Risiko) würden die Motivation erhöhen, als niedergelassener Hausarzt tätig zu werden. Dieser Aussage stimmen drei Viertel der Medizinstudierenden „vollkommen“ (39%) oder „eher“ (35%) zu. Der Nachwuchs für die Allgemeinmedizin ist durchaus vorhanden – ein Einzelkämpferdasein in eigener Praxis mit unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen kann sich aber kaum einer der Medizinstudierenden vorstellen.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de